

Aus dem Arbeitskreis

Wencke Meteling, Christoph Nübel

CfP zur Fachtagung des AKM in Kooperation mit dem ZMSBw: Ordnung und Gewalt.

Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik von der Antike bis heute

Vom 7. bis zum 9. Oktober 2020 veranstaltet der AKM e.V. in Kooperation mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) eine Fachtagung zum Thema "Ordnung und Gewalt. Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik von der Antike bis heute". Sie findet am ZMSBw in Potsdam statt und ist zugleich die Jubiläumstagung zum 25-jährigen Bestehen des AKM. Organisiert wird sie von Wencke Meteling und Christoph Nübel.

Abstracts zum Vortrag von max. 400 Wörtern und kurze biobibliographischen Angaben (1 Seite) werden bis zum 6. Januar 2020 erbeten an: meteling@uni-marburg.de

Hans Delbrück hat 1920 festgehalten, dass die Gestalt des Militärischen in enger „Wechselwirkung“ mit der politischen Verfasstheit eines Gemeinwesens steht und sogar „das ganze kulturelle Dasein der Völker [...] in hohem Grade bestimmt [wird] durch ihre Kriegsverfassungen“.¹ Seit der Antike war der Zugriff auf eine bewaffnete Macht mit Fragen der Legitimität politischer Herrschaft verbunden. Und der Prozess der Staatsbildung war – zumindest im europäischen Fall – seit dem ausgehenden Mittelalter eng mit der Herausbildung stehender Heere verknüpft. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert wurden Armeen dann sogar zur Verkörperung und zum zentralen Symbol des staatlichen Gewaltmonopols. Politik und Militär waren im Kontext von Herrschaft und Herrschaftsausübung dabei nicht nur, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, aufeinander angewiesen; sie konnten auch in einer hochgradig konfliktbehafteten Beziehung zueinander stehen – bis hin zur Entmachtung politischer Entscheidungsträger durch das Militär. Ihr Verhältnis variierte je nach Zeit, Raum und konkretem Kontext, wobei es von Kooperation bis zu offener, gewaltsamer Konfrontation reichen konnte. Staatliche Gesellschaftsordnungen in Antike und Moderne waren und sind stets um die politische Kontrolle militärischer Gewalt bemüht. Parlamentarische Einrichtungen regulierten den obrigkeitlichen Zugriff auf kriegsrelevante Ressourcen in verschiedenen Epochen. Landesherrn waren von der Finanzierung und damit de facto von der prinzipiellen Zustimmung kriegerischer Unternehmen seitens der Stände abhängig.

In der Vormoderne lassen sich klare Grenzen zwischen Militär und Politik nicht immer sinnvoll ziehen: Während die römische Antike sehr deutlich zwischen

¹ Hans Delbrück, *Geschichte der Kriegskunst. Die Neuzeit. Vom Kriegswesen der Renaissance bis zu Napoleon*, Hamburg 2003 (1. Aufl. 1920), S. x.

militärischen und zivilen Aufgaben und Ämtern trennte, waren im Mittelalter politische Entscheidungsträger in der Regel auch kriegerisch aktiv. Beiden Gesellschaftsbereichen wurden gerade in der Moderne zunehmend unterschiedliche Aufgaben und Funktionslogiken zugeschrieben. Dies galt wiederum nicht für alle Staats- und Gesellschaftstypen und schon gar nicht für (Militär-)Diktaturen, in denen politische und militärische Führung in der Hand des Diktators lagen. Idealtypisch gesprochen, widmet sich die Politik Fragen der Ordnung von Gemeinwesen und trifft für ein Kollektiv verbindliche Entscheidungen; das Militär bildet ein staatliches Gewaltmittel, um jene Ordnung nach innen und außen aufrechtzuerhalten bzw. zu verteidigen. Allerdings waren in der Praxis die Grenzen beim Einsatz des Militärs zwischen Ordnungsschaffung bzw. -bewahrung auf der einen Seite und Zerstörung auf der anderen fließend, und zwar sowohl beim Einsatz im Innern des Gemeinwesens als auch gegenüber äußeren Gegnern.

Militär und Politik lassen sich also nicht essenzialisieren, zumal politisches und militärisches Denken und Handeln auf zeitgenössischen Zuschreibungen beruhen; vielmehr müssen sie historisiert werden. Als Analyseketegorien lassen sie sich dennoch fruchtbar machen. Das gilt beispielsweise für Fälle, in denen Akteure von der Sphäre des Politischen in die des Militärischen hinüberwechselten und vice versa oder aber mal stärker in ihrer Rolle als Militär oder aber als Herrscher/Politiker bzw. Angehöriger der Elite des Landes betrachtet wurden. So wurzelte beispielsweise die politische Reputation eines Julius Caesar, Otto I., Friedrich II. oder Dwight D. Eisenhower immer auch in ihren militärischen Erfolgen. Im Zeitalter der Soldatenkaiser im langen 3. Jahrhundert findet sich eine beachtliche Liste von Militärs auf dem Kaiserthron, wenn auch meist nur für kurze Zeit, die ihre neue Position in erster Linie dem Zuspruch ihrer Truppen zu verdanken hatten. Mittelalterliche Könige präsentierten sich als kompetente Kriegsakteure, und die kriegerische Teilnahme am Kreuzzug war im Mittelalter zugleich eine religiöse Praxis. Im frühneuzeitlichen Adel war der Kriegsdienst eine typische Lebens- und damit häufig auch Durchgangsstation für junge Männer. Otto von Bismarck schließlich nutzte seine Stellung à la suite des Kürassier-Regiments von Seydlitz und trat in dessen Uniform auf, um sich in militärischen Fragen Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Die Tagung zielt darauf, die hier knapp problematisierten Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik von der Antike bis in die Gegenwart zu analysieren. Dieses Forschungsfeld ist in Deutschland seit dem Aufkommen der Sozialgeschichte nicht mehr umfassend ausgemessen worden. Die Tagung wird – anders, als dies in der Forschung bisher geschehen ist – Politik und Militär nicht als strikt getrennte, abgeschlossene Bereiche betrachten, sondern als interagierende, dynamische Sphären mit eigenen, immer wieder aber auch geteilten Funktions- und Handlungslogiken. Ihre Formen und Zuständigkeiten sowie ihre Beziehung wurden zeitgenössisch ausgehandelt und waren häufig umstritten. Dieser Ansatz verspricht einen empirischen und heuristischen Erkenntnisgewinn, weil er Politik und Militär nicht als a priori gegebene Entitäten voraussetzt, sondern ernst nimmt, was zeitgenössisch darunter verstanden wurde, wie ihr Verhältnis zueinander jeweils geregelt war, wie um den Primat sowie um Zuständigkeiten von Militär und Politik gerungen und wie mit Grenzüberschreitungen verfahren wurde.

Die Vorträge auf der Tagung befassen sich mit den Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik. Eingereicht werden sollen nationale und internationale Fallbeispiele zu folgenden Themenkomplexen:

- 1) Zwischen Ordnung und Gewalt: Militär und Politik im Kriegsfall
- 2) Ordnung und Gewalt im Inneren eines Gemeinwesens: Einsatz des Militärs bei Unruhen und Streiks
- 3) Politischer Umsturz: Das Militär als (anti-)aufständische Kraft (Aufstände, militärische Coups, Revolutionen, etc.)
- 4) Formen militärischer Herrschaft; Militarisierung, Bellifizierung von Politik – Politisierung des Militärs
- 5) Grenzgänge und Diffusion: Heerführer und Herrschaft; Militärs als Politiker_innen, Politiker_innen als Militärs
- 6) Präsentationsformen des Militärischen – Präsentationsformen des Politischen

Eine besondere Berücksichtigung von Nachwuchswissenschaftler_innen ist vorgesehen.